

# Der lange Weg in die Diktatur

## Die 1910 ausgerufene Erste Republik Portugal war von Anfang an in der Krise. Vor 100 Jahren wurde sie durch einen Militärputsch zu Fall gebracht

Von Nikolas Sisic

Republikanische Offiziere, revolutionäre Matrosen, bewaffnete Zivilisten und die Geheimgesellschaft Carbonária stürzten am 5. Oktober 1910 in Lissabon die konstitutionelle Monarchie. Das System, das sie beseitigten, hatte sich zu diesem Zeitpunkt politisch bereits erschöpft. Die herrschende Oligarchie hatte lange mittels des »rotativismo« – das Zweiparteiensystem mit alternierendem Machtwechsel, das die portugiesische konstitutionelle Monarchie kennzeichnete, sowie durch gesteuerte Wahlen, Patronage und die Macht agrarischer wie finanzieller Eliten regiert. Stabil war diese Herrschaftsordnung jedoch nur, solange sie von den politischen und ökonomischen Trägergruppen geduldet wurde. Diese Grundlage zerfiel, als das britische Ultimatum von 1890 und die internationale Finanzkrise von 1890/1891 das Wirtschaftsmodell Portugals erschütterten, das von kolonialer Ausbeutung, Agrarexporten und ausländischem Kredit abhing.

Die Republik erbt ein rückständiges, kaum industrialisiertes und stark agrarisch geprägtes Land. Rund 75 Prozent der 5,9 Millionen Einwohner lebten auf dem Land; 62 Prozent arbeiteten in der Landwirtschaft, etwa 75 Prozent konnten weder lesen noch schreiben.<sup>1</sup> Die politische Führung in der Revolution lag beim Partido Republicano Português (PRP), der seine Basis bei den städtischen Mittelschichten, freien Berufen und kleinen Eigentümern hatte. In Lissabon zog der Republikanismus aber auch Arbeiter, Handwerker, Studenten, Matrosen, Soldaten und jüngere Offiziere an.<sup>2</sup> Diese städtischen Schichten trugen den Umsturz. Das Land, das sie regieren sollten, blieb den Revolutionären dagegen weitgehend fremd.

### Das »glorreiche« Werk

Vor dem Sturz der Monarchie hatte der PRP als Zentrum einer breiten antimonarchischen Front fungiert, als Vehikel für die politische Einbindung der neuen städtischen Mittelschichten und, in begrenztem Maße, der Arbeiterschaft. Sein Programm hielt dieses lose Bündnis zusammen, weil es vorwiegend negativ bestimmt war: gegen die korrupte konstitutionelle Monarchie, ihre oligarchischen und klerikalen Stützen sowie gegen die Einmischung ausländischer Mächte. Es lag auch ein deutlich messianischer Unterton darin. Die Republik sollte das »glorreiche Werk der Reorganisation Portugals«<sup>3</sup> sein, getragen von einem wissenschaftlich-bürgerlichen Fortschrittsglauben, der auch die sozioökonomischen und politischen

Erschütterungen im Zuge der krisenhaften kapitalistischen Entwicklung einhegen sollte. Konkrete Vorschläge, wie das gelingen sollte, blieben allerdings spärlich und vage.

Das PRP-dominierte Parlament schuf eine parlamentarische Ordnung mit starkem Kongress und schwachem Präsidenten, die 1911 verfassungsrechtlich konsolidiert wurde. In der Monarchie hatte der König den »poder moderador« (die moderierende Gewalt) inne und war den übrigen Staatsgewalten übergeordnet. Er konnte Minister entlassen und die »Cortes«, das Parlament, auflösen. Der Präsident konnte dagegen weder ein Veto einlegen noch den Kongress auflösen, seine Macht hing von der parlamentarischen Mehrheit ab. Diese Konstruktion begünstigte den PRP, solange er in den Wahlen dominierte.

Das Wahlrecht wurde vom neuen Regime nur begrenzt geöffnet. Die Reformen von 1911 und 1913 schafften zwar das Zensuswahlrecht ab, beschränkten die Wählerschaft aber weiter auf jene Gruppen, die am ehesten republikanisch wählten: vor allem städtische, lese- und schreibkundige Männer.<sup>4</sup> Die vor allem auf dem Land starken Klientelnetze wurden nicht zerschlagen. Der PRP und später die Demokraten nutzten selbst Patronagenetzwerke einflussreicher Provinzgrößen, auch als »caciques« bekannt, deren Klientel ein wichtiges Stimmenreservoir darstellte. So wurde das neue parlamentarische System an ältere Formen lokaler Machtvermittlung gebunden.

Als das einigende Ziel erreicht war, trat die Rivalität zwischen den verschiedenen Fraktionen offen zutage. Im Oktober 1911 hörte der alte revolutionäre PRP in der Praxis auf zu existieren. Rechts von ihm entstanden die Evolutionisten um António José de Almeida und die Unionisten um Brito Camacho. Der Hauptteil des PRP wurde unter Afonso Costa zum Partido Democrático (PD, der alte Parteiname wurde aber de jure noch beibehalten). Ab 1913 führte Costa die erste rein republikanische Regierung an. Aufgrund des eingeschränkten Wahlrechtes, der parlamentarischen Vorherrschaft, der kommunalen Kontrolle und der weitgehenden Verfügung über staatliche Ressourcen glich der von den Demokraten beherrschte Staat einem Einparteienregime. Gesichert wurde die Kontrolle auch durch den häufigen Einsatz des staatlichen Repressionsapparats sowie durch paramilitärische Geheimbünde, die gegen politische Gegner und streikende Arbeiter eingesetzt wurden. Bis 1914 hatten die Demokraten die Staatsmacht so weit monopolisiert, dass ihren Gegnern ein verfassungsmäßiger Weg an die Regierung kaum noch offenstand.

## **Krieg und Krise**

Die erste große Staatskrise brach im Januar 1915 aus. Unter dem Druck des »movimento das espadas« (Schwerterbewegung), einer Offiziersbewegung gegen die geplante Beteiligung Portugals am Ersten Weltkrieg, setzte Präsident Manuel de Arriaga ein außerparlamentarisches Kabinett unter General Pimenta de Castro ein.<sup>5</sup> Der Versuch, die Demokraten auf diesem Weg von der Macht zu verdrängen, dauerte nur wenige Monate. Im Mai unterband die Partei, gestützt auf ihre eigene Militärfraktion, Pimenta de Castros autoritäres Experiment. Doch ein Präzedenzfall war gesetzt.

Im Februar 1916 kam die Regierung Afonso Costas einem britischen Ersuchen nach und beschlagnahmte die deutschen und österreichischen Schiffe in portugiesischen Häfen. Es war eine kalkulierte Provokation – die Kriegserklärung der Mittelmächte folgte bald, im März. Costas Interventionismus hatte zwei Ziele: die Kolonien gegen deutsche Angriffe zu verteidigen und Portugals Stellung gegenüber Großbritannien in kolonialen Fragen abzusichern. Diese Ziele teilte die Mehrheit der herrschenden Klasse, Monarchisten wie Republikaner. Der Einsatz eines portugiesischen Expeditionskorps in Flandern blieb dennoch umstritten. Costa setzte darauf, dass die patriotische Mobilisierung die Opposition in eine »União Sagrada«, eine Heilige Union unter Führung der Demokraten, zwingen und zugleich härtere Repression legitimieren würde.

Zunächst ging die Rechnung auf. Im März 1916 entstand mit den Evolutionisten eine Regierung der nationalen Einheit, die auch von monarchistischen, katholischen und nationalistischen Milieus toleriert wurde. Sie hielt jedoch nur, solange der soziale Frieden gewahrt blieb. Der Krieg trieb die Preise in die Höhe, verknappte Lebensmittel und schnitt Import- und Exportwege ab. Die Arbeitslosigkeit stieg an, während der Landwirtschaft gleichzeitig Maschinen, Dünger, Saatgut und Arbeitskräfte fehlten.<sup>6</sup> Sinkende Weizenimporte und eine schlechte Ernte machten Brot zum Luxusgut. Daran zerbrach die Regierung im April 1917.

In den Städten reagierte das Proletariat mit Plünderungen von Lagern und Lebensmittelgeschäften sowie mit Streiks. Besonders der revolutionäre Syndikalismus hatte Zulauf. Seit 1914 hatten die Demokraten versucht, die Krise mit Requisitionen, Exportbeschränkungen, Rationierung und Preiskontrollen in den Griff zu bekommen. Doch angesichts der enormen Auswirkungen des Krieges auf die Weltwirtschaft sowie der strukturellen Schwächen der portugiesischen Ökonomie stießen diese Maßnahmen schnell an Grenzen. Mitte 1917 kämpfte der PD an zwei Fronten: In Lissabon entlud sich der Zorn der hungernden Massen in der »Kartoffelrevolution«, einer tagelangen Plünderungswelle mit mehreren Toten und Verwundeten; auf dem Land verweigerten Bauern und lokale Produzenten die Abgabe ihrer Erzeugnisse für die Städte. Schließlich drohte Arbeitsminister Lima Basto den südlichen »latifúndios« verzweifelt mit der Zwangsenteignung ihrer unbestellten Flächen.

## **Pais' Putsch**

Die Demokraten konnten die Städte nur noch mit Repression halten, die Armee war erschöpft, und Grundbesitzer wie Industriekapital suchten eine Regierung, die Ordnung versprach, ohne an die parlamentarische Mehrheit der PD gebunden zu sein. Ihre Hoffnung setzten sie schließlich in Sidónio Pais, einen Unionisten und ehemaligen Botschafter in Berlin, der geradezu messianisch das Ende der alten Parteioligarchie verkündete und den konservativen Eliten eine autoritäre »Neue Republik« in Aussicht stellte, die unabhängig vom Parlament regieren und dem Land »Ordnung, Disziplin und Arbeit« zurückbringen sollte. Am 5. Dezember 1917 putschte er in Lissabon. Hinter ihm stand ein Zweckbündnis aus unzufriedenen Truppenteilen, Unionisten und wohlhabenden südlichen Großgrundbesitzern. Hinzu kam die unerwartete Unterstützung der União Operária Nacional (UON, damals die zentrale Dachorganisation der

portugiesischen Arbeiterbewegung), der Pais eine Generalamnestie versprochen hatte, sowie Industriekonglomerate wie die Companhia União Fabril (CUF, Vereinigte Fabrikgesellschaft), die an der Kriegspolitik der Demokraten gut verdient hatten, deren Unfähigkeit zur Niederschlagung von Streiks aber nicht länger hinnahmen.

Unter dem Banner des »Sidonismus« sammelten sich Katholiken, Monarchisten, Integralisten, Agrarier, Industriekapitalisten, städtische Mittelschichten und Teile der organisierten Arbeiterschaft. Gemeinsam war diesen Kräften nichts, außer ihrer Feindschaft gegen den PD und den von ihm beherrschten Parlamentarismus. Als der neue »Präsidenten-König« am 14. Dezember 1918 ermordet wurde, brach seine »Neue Republik« rasch zusammen.

Nach Sidónios Sturz geriet Portugal Anfang 1919 in einen kurzen Bürgerkrieg. In Porto proklamierten monarchistische »Weiße«, Reste der Bewegung des Sidonismus und selbsternannte »Militärjuntas« die Wiederherstellung der Monarchie – ein strategischer Fehler, der sie die Unterstützung zahlreicher sidonistischer Republikaner und letztlich den Sieg im Krieg kosten sollte. Die von den Demokraten angeführte Gegenseite stützte sich in Lissabon vor allem auf die organisierte Arbeiterbewegung, die den Rückfall in die Monarchie verhindern wollte. Im Februar waren die Monarchisten besiegt, die Verfassung von 1911 wieder in Kraft und die Demokraten nach den Wahlen desselben Jahres erneut mit absoluter Mehrheit ausgestattet.<sup>7</sup>

## **Zwischen allen Lagern**

Die Republik wurde 1919 zwar formal wiederhergestellt, aber weder sozial noch politisch stabilisiert. Der Staat litt an einer Auslandsverschuldung von mehr als 22 Millionen Pfund, einem inländischen Defizit von 13,8 Millionen Pfund und einer hohen Inflation.<sup>8</sup> Inmitten dieser Krise sah sich die Regierung nicht nur einer radikalisierten Arbeiterschaft gegenüber, sondern auch einem Bündnis aus konservativen Republikanern, ehemaligen Sidonisten, Katholiken und Integralisten, die ihre Niederlage nicht als endgültig hinnahmen.

Aus Sorge, dieselben Fehler zu wiederholen, die ihn während des Krieges in die Isolation geführt hatten, und bemüht, seine Machtbasis zu stabilisieren, verzichtete der PD auf Austeritätsmaßnahmen und setzte statt dessen darauf, das Problem der erdrückenden Schuldenlast anzugehen und Gegner durch Zugeständnisse einzubinden. Die Arbeiterklasse wurde mit Achtstundentag, Sozialversicherung, subventioniertem Wohnraum und Preiskontrollen beschwichtigt. Parallel dazu suchten die Demokraten den Schulterschluss mit den traditionellen Feinden der Republik: Sie mäßigten die nach dem Sturz des Sidonismo eingeleiteten Säuberungen von Monarchisten und Katholiken aus dem Staatsdienst und dem Militär und versprachen der Bauernschaft eine Umverteilung des Bodens. Dieser Spagat zwischen den Interessengruppen verschärfte jedoch gerade die Gegensätze, die er überbrücken sollte: Die Landreformpläne mobilisierten die Bauernschaft kaum für die Republik, schürten aber den Zorn der Großgrundbesitzer, die ohnehin über das »Pão Político« (Politisches Brot), die staatlichen Preiskontrollen für Weizen, aufgebracht waren.

Die Abwertung des Escudo, der portugiesischen Währung, verschaffte dem Staat bei der Bedienung seiner Schulden zwar eine kurze Atempause und half, unpopuläre Austeritätsmaßnahmen zu vermeiden. Doch die Inflation fraß die Kaufkraft von Arbeitern und Rentnern auf und machte die genannten Zugeständnisse weitgehend wirkungslos. Sie traf auch die eigene Basis der Demokraten, vor allem die radikalen Republikaner der städtischen Mittelschichten. Für die Großbourgeoisie an der Spitze der Industriekonglomerate und Banken waren Inflation und niedrige Steuern hingegen ein Geschenk: Der entwertete Escudo verbilligte Exporte, verteuerte Importe und schützte den Binnenmarkt, was zu einem kurzen industriellen Boom führte. Doch als Finanzminister Albano Portugal Durão 1922 unter dem Druck des radikalen Flügels des PD höhere Steuern auf Einkommen, Kapital, Vermögen und Luxusgüter durchsetzen wollte, löste bereits die Ankündigung Kapitalflucht aus. Die Binneninvestitionen brachen ein, und der Escudo verlor weiter an Wert. Handels- und Industrieverbände sowie konservative Republikaner verhinderten die einschneidendsten Teile der Reform, vor allem direkte Steuern auf Vermögen und Kapital, und erzwangen Durãos Rücktritt.

## **Fragmentierte Wirtschaft**

Gegen Ende 1923 war der Banco de Portugal durch die staatliche Kreditaufnahme derart belastet, dass er die wachsende Nachfrage privater Banken nach Liquidität nicht mehr befriedigen konnte, insbesondere jener Institute, die spekulative Geschäfte und industrielle Investitionen finanzierten. Der kurze industrielle Boom hatte einen starken Kreditbedarf ausgelöst, hauptsächlich zur Finanzierung des Imports ausländischer Maschinen und Rohstoffe. Da die Zentralbank die Liquidität des Bankensystems nicht länger gewährleisten konnte, brach eine Reihe von Banken zusammen.<sup>9</sup>

Zur Zeit der Wirtschaftskrise 1923 war die Demokratische Partei bereits nicht mehr die geschlossene Kraft wie noch 1910/11. Afonso Costa war im Exil, Fraktionskämpfe brachen offen aus, Abspaltungen kosteten die Partei ihre alte Mehrheit. Die bedeutendste davon war im März 1920 der rechte Partido Republicano da Reconstituição Nacional (PRRN); allein er nahm den Demokraten 19 Abgeordnete und 10 Senatoren. Im Juli 1921 verlor die PD die Wahl, die rechte »Liberale Republikanische« Partei kam an die Regierung. Sie hielt sich aber nur kurz. Nach einem von linken Offizieren aus Heer, Marine und Nationalgarde organisierten Militärputsch wurden mehrere ihrer führenden Mitglieder entführt und ermordet. Die »Blutnacht« erzwang einen Waffenstillstand zwischen den bürgerlich-republikanischen Fraktionen und öffnete den Demokraten erneut den Weg zur Macht – die sie jedoch nur noch in deutlich geschwächerter Form ausüben konnten.

Die Führung des PD fiel nun an die »Bonzos«, einen konservativen Flügel um António Maria da Silva, der – gestützt auf alte Patronagenetze und die Eindämmung radikaler Strömungen – weniger ein eigenes Staatsprojekt verfolgte, als vielmehr den Machterhalt der Partei anstrebte. So konnte die Bonzo-Fraktion bis 1923 – mit einer kurzen Unterbrechung 1922 – die Regierung kontrollieren. Dann wurde angesichts der Finanzkrise, des Endes des »politischen Brots« und der Verwässerung der Steuerreformen Durãos deutlich, dass sie die ökonomische Krise nicht aufhalten und die eigene Basis nicht zusammenhalten konnte.

Im Dezember 1923 bildete eine Mitte-links-Koalition unter Álvaro de Castro eine neue Regierung. Sie und die Nachfolgerregierung unter Rodrigues Gaspar setzten 1924 eine Reihe deflationärer Stabilisierungsmaßnahmen durch, um den drastischen Wertverfall des Escudo aufzuhalten: Kapital- und Devisenkontrollen, Goldzahlungen auf Einfuhrzölle, Einzug von Banknoten, Abführung von 75 Prozent der Devisenerlöse durch Exporteure. Der Staat baute Reserven auf, senkte Ausgaben und erhöhte Steuern. Währungspolitisch wirkte das. Der Escudo wurde von 154 je britischem Pfund im Juli 1924 auf rund 100 im Dezember aufgewertet, zugleich sanken die Lebenshaltungskosten. Politisch war der Preis jedoch hoch. Die Aufwertung beseitigte den künstlichen Schutz der einheimischen Industrie, verbilligte ausländische Waren und stürzte Metallurgie, Textil- und Glasindustrie in Insolvenzen und Entlassungen.

Die Verwerfungen gaben dem linken PD-Flügel, den »canhotos«, kurz wieder Spielraum. Ihr Vertreter José Domingues dos Santos führte von November 1924 bis Februar 1925 ein progressives Kabinett an und griff zusammen mit Ezequiel de Campos ein Agrarreformprojekt auf, das aber nie zur Umsetzung kam. Bereits ihre Pläne reichten, um konservative Gegenkräfte zu sammeln. Im November 1924 gründeten mehrere Wirtschaftsverbände die União dos Interesses Económicos (UIE). Frühere Unternehmerverbände waren als unmittelbare Reaktion auf die organisierte Arbeiterschaft entstanden, verloren jedoch mit dem Niedergang des revolutionären Syndikalismus um 1922 weitgehend an Bedeutung. Die UIE hingegen entstand mit dem doppelten Anspruch einer politischen Massenpartei, die 1925 bei den Parlamentswahlen kandidierte, und eines Lobbyverbandes. Sie verkörperte die Reaktion der portugiesischen Bourgeoisie – vom kleinen Ladenbesitzer bis zum industriellen Großkapitalisten und ländlichen Großgrundbesitzer – auf die Unfähigkeit des republikanischen Regimes, zwischen ihren gegensätzlichen Interessen zu vermitteln.

Ihr Gegenentwurf zur Republik war ein autoritärer, korporatistischer Staat, der innerbürgerliche Gegensätze institutionell stillstellen sollte. Diese gründeten jedoch in Portugals Randstellung innerhalb der kapitalistischen Weltwirtschaft und der »fragmentierten Wirtschaftsstruktur«<sup>10</sup>, in der vier nur lose miteinander verflochtene Teilökonomien – Agrarexport, binnenorientierte Landwirtschaft, exportorientierte Industrie und importsostituierende Industrie – mit teils unvereinbaren Interessenlagen nebeneinander bestanden. So benötigten die importsostituierenden Industriellen hohe Schutzzölle, um gegen ausländische Konkurrenz zu bestehen, während Handels- und Agrarexportkapital auf Freihandel angewiesen waren.

## **Das Ende der Republik**

Die UIE verfügte über keine parlamentarischen Wege, ihr autoritäres Programm durchzusetzen. Also versuchte sie es mit dem Heer. Über die einflussreiche Tageszeitung *O Século*, finanzielle Unterstützung und Verbindungsmänner zwischen Kapitalisten und Offizieren trug sie dazu bei, den Militärputsch vorzubereiten. Mit ihren Plänen stand sie nicht allein. Ab 1925 stellten die bürgerlichen Gegner der Republik die alte »Regimefrage« zurück, jene Spaltung der portugiesischen Rechten, die ihre politische Schlagkraft lange gelähmt und zum Scheitern des sidonistischen Experiments beigetragen hatte. Monarchie oder Republik, das musste nicht sofort entschieden werden.

Zuerst sollte das von den Demokraten beherrschte Regime fallen. Dennoch waren Monarchisten, konservative Republikaner, Sozialkatholiken, Integralisten und faschistische Strömungen eher ein Geflecht aus Wirtschaftsverbänden, Zeitungen, Klubs und Komitees als eine einheitliche Partei. Der »Integralismo Lusitano« und seine jungen, von Georges Sorel und der Action Française inspirierten Ideologen lieferten dieser Bewegung die nötige Ideologie: Absage des liberalen Staates zugunsten einer organischen, korporativen Ordnung, die auf Familie, Tradition und katholischer Autorität beruhte, sowie ein mystisch-messianischer Nationalismus. Die Organisation »Cruzada Nacional D. Nuno Álvares Pereira« bot einen breiten Sammelraum, in dem sich die gegen das PD-System gerichteten Eliten begegneten.

Das im Krieg politisierte reguläre Heer war für die Pläne dieser Opposition empfänglich. Die Eingliederung Tausender Milizoffiziere verschärfte Standeskonflikte; Inflation und Reallohnverlust drückten viele Berufsoffiziere in die Armut. Zugleich hatte die Republik nach 1919 als Gegengewicht zum Militär die »Guarda Nacional Republicana« (GNR) ausgebaut. Allerdings war diese Nationalgarde von den moderaten Demokraten, die eine Wiederholung von Ereignissen wie der »Blutnacht« fürchteten, selbst wieder geschwächt worden. 1926 war auf diese als republikanische Elitetruppe geplante Einheit kein Verlass mehr.

Am 18. April 1925 trat die Opposition erstmals offen hervor. Offiziere um den rechten Oberst João Sinel de Cordes und den Mitverschwörer Raul Esteves, unterstützt von nationalistischen, monarchistischen und integralistischen Zivilisten wie dem faschistischen Filomeno da Câmara, verlangten die Auflösung des Parlamentes und einen Umbau der Streitkräfte. GNR und loyale Einheiten konnten diesen Aufstand noch niederschlagen. In den folgenden Militärverfahren konnten sich die Angeklagten jedoch als Ankläger der Republik inszenieren. Die Freisprüche demonstrierten, dass die Regierung die staatlichen Apparate nur noch teilweise kontrollierte.

Als der einflussreiche General Gomes da Costa am 28. Mai 1926 von Braga aus losmarschierte, war die liberale Republik isoliert. Die Demokraten verfügten über keine gesellschaftliche Verankerung mehr. Selbst Teile der republikanischen »loyalen Opposition« hatten zuletzt nach dem Heer gerufen. Auch die Arbeiterbewegung stand diesmal nicht mehr als Schutzmacht des Regimes bereit. Jahrelange Repression hatte ihre Organisationen geschwächt und die Grundlage für einen erneuten Klassenkompromiss mit der liberalen Republik aufgezehrt. Das Militär stürzte die Regierung von António Maria da Silva fast ohne Widerstand.

Nach dem 30. Mai versuchte der republikanische Marineoffizier Mendes Cabeçadas, den Putsch in eine Staatsform zu überführen. Am 17. Juni drängten aber Gomes da Costa und die rechte Offiziersgruppe ihn beiseite; am 9. Juli wurde wiederum Costa durch den konservativen General Carmona und eine Militärclique um Sinel de Cordes ausgeschaltet. Kaum war die Republik gestürzt, zerbrach also die Siegerkoalition an der Frage, was an ihre Stelle treten sollte. Während Cabeçadas ein erneuertes liberales System errichten wollte, drängte der rechte Flügel auf den vollständigen Bruch mit der parlamentarischen Ordnung. Mit Carmonas Machtübernahme verschob sich das Kräfteverhältnis endgültig zugunsten der autoritären Strömungen. Ein

Projekt staatlicher Neuordnung fehlte jedoch ebenso wie eine gemeinsame ideologische Basis. So blieb Portugal zunächst eine »Diktatur ohne Diktator«<sup>11</sup>, bis schließlich 1928 ein »Zivilist von unscheinbarem Aussehen namens Salazar«<sup>12</sup> endgültig die vertagte Regimefrage zugunsten des Faschismus entschied.

#### Anmerkungen

1 Vgl. Oliveira Marques: A 1ª República Portuguesa (Alguns Aspectos Estruturais). Lisboa 1975, S. 89; Ders.: História Da 1ª República Portuguesa: As Estruturas de Base. Lisboa 1978, S. 309

2 Costa Pinto: Muitas Crises, Poucos Compromissos. In: Penélope. Revista de história e ciencias sociais 19/20 (1998), S. 44-49

3 Teófilo Braga et. al.: Manifesto Do Partido Republicano Português. Lisboa 1891

4 Vgl. Manuel Baiôa: A Primeira República Portuguesa (1910-1926). Lisboa 2014, S. 2-3

5 Vgl. Manuel Villaverde Cabral: A Grande Guerra e o sidonismo (esboço interpretativo). Lisboa 1979, S. 376

6 Vgl. Kathleen Schwartzman: The Social Origins of Democratic Collapse. Lawrence 1989, S. 131

7 Manuel Baiôa/Paulo Jorge Fernandes/Filipe Ribeiro de Meneses: The Political History of Twentieth-Century Portugal. In: e-JPH 1 (2003) No. 2, S. 4

8 Vgl. Maria Fernanda Rollo: Economia e Inovação: Derivações Em Cenários de Crise In: Fernando Rosas/Maria Fernanda Rollo (Hg.): História Da Primeira República Portuguesa. Lisboa 2011, S. 526

9 António José Telo: Decadência e Queda Da I República Portuguesa, Bd. I. Lisboa 1980, S. 222-226

10 Schwartzman (Anm. 6), S. 150

11 António Costa Pinto (Hg.): Modern Portugal. Palo Alto 1998, S. 22

12 Telo (Anm. 9), Bd. II, S. 225

→ Nikolas Sisic schrieb an dieser Stelle zuletzt am 25. November 2025 über die Nelkenrevolution vor 50 Jahren: [»Strategische Niederlage«](#)

<https://www.jungewelt.de/artikel/523193.portugal-der-lange-weg-in-die-diktatur.html>